

128524-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in der Tragwerksplanung – VgV Tragwerksplanung - Umbau und Erweiterung Johann-Peter-Hebel Schule Tuttlingen

OJ S 44/2024 01/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tuttlingen

E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Tragwerksplanung - Umbau und Erweiterung Johann-Peter-Hebel Schule Tuttlingen
Beschreibung: Der Landkreis Tuttlingen beabsichtigt den Umbau und die Erweiterung der Johann-Peter-Hebel Schule Tuttlingen am bestehenden Schulstandort. Hierzu hat der Landkreis einen Architektenwettbewerb mit anschließendem VgV-Verfahren durchgeführt. Den Auftrag hat das Büro Herrmann und Bosch Architekten, Stuttgart, erhalten. Das Planungsrecht muss noch durch einen Bebauungsplan angepasst werden. Für die Baumaßnahme werden nun Planer für die Tragwerksplanung, die Fachplanung TGA (HLS) sowie die Fachplanung TGA (ELT) Die Johann-Peter-Hebel-Schule, Tuttlingen ist ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“. Aktuell besuchen 144 Kinder im Alter von etwa 6 bis 21 Jahren die schulische Einrichtung und 36 Kinder den angegliederten Kindergarten. Derzeit können 81 Schüler im Stammhaus in Tuttlingen beschult werden. Es handelt sich um eine geschlossene Ganztagschule. Die Schülerzahlen sind in den letzten Jahren stark gewachsen. Von einer dauerhaften 2-Zügigkeit ist auszugehen. Damit ist mit der Bildung von ca. 22 bis 24 Klassen für 152 Schüler zu rechnen. Dieser zusätzliche Bedarf kann dauerhaft aus schulorganisatorischen Gründen nicht durch Außenstellen abgedeckt werden. Das erweiterte Raumprogramm soll am bestehenden Schulstandort in Form einer Erweiterung geplant werden. In diesem Zusammenhang sind auch die erforderlichen Eingriffe in den Gebäudebestand zu prüfen. Die Programmfläche (Nettofläche) für den Umbau und die Erweiterung der Johann-Peter-Hebel-Schule wurde mit ca. 1300 m² zzgl. Nebennutzungs- und Erschließungsflächen ermittelt. Zur Wettbewerbsaufgabe zählten die Verlegung des Speisesaals, der Küche und der Schulverwaltung (Direktor und Sekretariat). Der Entwurf sieht einen geknickten 2-geschossigen Erweiterungsbau in Holzbauweise im Westen der Bestandsschule vor. Dabei wird die Erweiterung des Westflügels auf die (verlängerte) Bodenplatte des Bestandsgebäudes gegründet. Im Bestand ist eine eingeschossige Aufstockung im westlichen Teil der Schule geplant, ohne dabei die bestehende Grundrisstypologie zu verändern. Der Ostflügel soll erhalten und lediglich umstrukturiert werden. Das Foyer und die Eingangshalle bleiben unverändert. Die opaken Fassadenelemente sind als Massivholzwände mit Konterlattung und vertikaler Brettschalung geplant. Das Dach soll mit intensiver Dachbegrünung und PV-Modulen vorgesehen werden.

Der Neubau wird im nördlichen Bereich über den Klassenzimmern der Hauptstufe mit einem Sheddach ergänzt. Die BGF für die Baumaßnahme beträgt gesamt 2.130m², davon ca. 1.400 m² für den Erweiterungsbau und ca. 730m² für Umbaumaßnahmen im Gebäudebestand. Gebäudebestand Die Johann-Peter-Hebel Schule wurde von Dipl. Ing Hans Rolf Sommer geplant und 1978 erbaut. Das Schulgebäude ist fächerförmig um ein zentrales Atrium aufgebaut. Diese architektonische Besonderheit trägt zu hohen Energieverbräuchen bei. Eine energetische Sanierung der gesamten Schule, inklusive dem Atriumbereich, wurde bereits ausgeführt. Die Schule ist eingeschossig ausgebildet und wurde teilweise in Ort betonbauweise sowie in Leichtbauweise erstellt. Eine Unterkellerung gibt es nur im Bereich der Technikräume. Das Gebäude ist außerdem mit einem umlaufenden, unterirdischen Medienkanal versehen, in dem die Versorgungsleitungen angeordnet sind. Der Hofbereich und der westliche Bereich (Werkstatt, Lehrküche, Sanitärtrakt und Turnhalle) wurden 2016 - 17 saniert. Der Erweiterungsbau wurde 2005 erbaut und in den Jahren 2016-17, mit Hinblick auf eine Aufstockung, saniert. Im Jahr 2022 wurden zwei Klassenzimmer im südlichen Bereich umgebaut. Die Bestandspläne werden in der 2. Phase des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Der Kindergarten, der Grundschulbereich im Hauptgebäude, die Turnhalle, der Sanitärtrakt sowie der Sportplatz und das Erdgeschoss der Erweiterung von 2003 (Berufsschule) bleiben im Zuge des geplanten Umbaus erhalten. Nachhaltigkeit Die Ausloberin wünscht sich zur Erreichung der Klimaziele einen bewussten Umgang mit Ressourcen bei der Herstellung, Errichtung und beim Betrieb des Gebäudes. Mit der Bauweise, den Bauteilen und der Nutzungsdauer der Baustoffe sollen die CO₂-Emissionen des Gebäudes nachhaltig verringert werden. Der Landkreis Tuttlingen erzielt Klimaneutralität. Die Energieleitlinie des Landkreises Tuttlingen wird in der 2. Phase des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Die Nachhaltigkeitskriterien gemäß Nachhaltiges Bauen in Baden-Württemberg (NBBW) vom Landesministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen. Die Baumaßnahmen sollen in einem Bauabschnitt ausgeführt werden. Auslagerungs- oder Interimsmaßnahmen außerhalb des Grundstücks stehen zur Verfügung. Der Umbau und die Erweiterung werden voraussichtlich im laufenden Schulbetrieb der Grundstufe und des Kindergartens ausgeführt. Der Zugang kann in dieser Zeit über den Regenbogenkindergarten erfolgen. Aufgrund der beengten räumlichen Situation soll die Baustellenlogistik und erforderliche Baustelleneinrichtungsflächen bei der Planung mitberücksichtigt werden. Kosten geschätzt ca. 5 Mio € netto KG 300+400 Mit der Planung soll direkt im Anschluss an das Vergabeverfahren begonnen werden. weiterer zeitlicher Ablauf? Die Maßnahme soll im Rahmen der Schulbauförderung gefördert werden. Die Nachhaltigkeitskriterien gemäß Nachhaltiges Bauen in Baden-Württemberg (NBBW) vom Landesministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 19.06.2024 oder am 20.06.2024 statt.

Kennung des Verfahrens: e170fe99-b3b9-4d9e-880b-f69c6d1e46d9

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform in Textform i.S.v. § 53 Abs 1 VgV einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter 8.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabeplattform unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs.1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbungsgemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbungsgemeinschaften/ Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr.4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige

Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV Tragwerksplanung - Umbau und Erweiterung Johann-Peter-Hebel-Schule Tuttlingen
Beschreibung: Für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49, 51 HOAI LPH 1-6 inkl. Objektüberwachung wird ein geeignetes Ingenieurbüro mit Erfahrungen im Holzbau gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1-3 beauftragt. Zusatz Projektbeschreibung Tragwerk: Baugrundgutachten Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der geotechnischen Untersuchungen kann das geplante Bauwerk erdstatisch standsicher errichtet werden. Tuttlingen liegt in der Erdbebenzone II und in der geologischen Untergrundklasse R (Gebiete mit felsartigem Untergrund). Das Wettbewerbsgrundstück ist in die Baugrundklasse B eingestuft. Für Streifen- und Einzelfundamente ist bei frostfreier Gründung mit Setzungen $\leq 2\text{cm}$ zu rechnen. Das Baugrundgutachten wird in der 2. Phase des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Laut dem Bericht des Statikers ist bei den Bestandsbauten der JPHS aus dem Jahr 2005 eine Aufstockung möglich. Es werden allerdings Ertüchtigungsmaßnahmen des Tragwerks und eine Begrenzung der Eigengewichts- und Verkehrslasten erforderlich. Die Ablastung des neuen Dachs hat separat zu erfolgen. Die Leitungspläne werden in der 2. Phase des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen siehe Ziffer 2.1 Verfahren. Interne Kennung: E44286939

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# Eine Nachforderung von

Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Eigenerklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte. Jeder Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben.

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Es sollen 2 Referenzen eingereicht werden. Referenz A und B sind zwingend erforderlich. Für Referenz A und B kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind möglich. Es gelten die Kriterien in Bezug auf die Referenzen auch dann als erfüllt, wenn die jeweilige Referenz als Projektleiter in einem anderen Büro erbracht worden ist. In dem Fall ist ein Nachweis des anderen Büros oder der Bauherrschaft über die verantwortliche Projektleitung vorzulegen. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: insgesamt max. jeweils 200 Punkte je Referenz (40%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Referenz A – zwingend: Nachweis eines realisierten Projekts Thema mehrgeschossige Holzbauweise. (Kriterien der Vergleichbarkeit: Neubau oder Erweiterungsbau eines mehrgeschossigen Gebäudes in Holzbauweise, öffentlicher Auftraggeber) Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung: - Nachweis eines realisierten Projekts Thema mehrgeschossige Holzbauweise - Kosten der KG 300-400 netto mind. 2,5 Mio. € - Leistungszeitraum 2013 – Anfang 2024 (Rohbau fertiggestellt) - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 - 6) im Unternehmen Referenz B - zwingend: Nachweis eines realisierten Projekts Thema Bauen im Bestand. Projekte mit Holzbauweise werden höher bewertet. (Kriterien der Vergleichbarkeit: Umbau /Sanierung/Erweiterung, Holzbauweise, öffentlicher Auftraggeber). Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: - Nachweis eines realisierten Projekts Thema Bauen im Bestand - Kosten der KG 300-400 netto mind. 2,5 Mio. € - Leistungszeitraum 2013 – Anfang

2024 (Rohbau fertiggestellt) - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 - 6) im Unternehmen Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80,00

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Beschreibung des Eignungskriteriums: Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur der Fachrichtung Tragwerksplanung berechtigt sind, oder Nachweis einer vergleichbaren Qualifikation. Ist in dem Herkunftsstaat des Bewerbers die Berufsbezeichnung nicht gesetzlich geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG – „Berufsanerkennungsrichtlinie“ – gewährleistet ist. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektmanagement

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Honorarangebot

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E44286939>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E44286939>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/04/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch

haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft

gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter

Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der

Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften,

deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder

Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das

Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der

Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Tuttlingen

Registrierungsnummer: DE142927476

Postanschrift: Bahnhofstr. 100

Stadt: Tuttlingen

Postleitzahl: 78532

Land, Gliederung (NUTS): Tuttlingen (DE137)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Verfahrensbetreuung: kohler grohe architekten, Sabine Heinrichs

E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Telefon: 071176963937

Internetadresse: <https://www.landkreis-tuttlingen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium
Karlsruhe
Registrierungsnummer: 08-A9866-40
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721926-8730
Internetadresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/>
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: dd16f4f9-f360-493a-8af8-3bfa568e5b48 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/02/2024 14:34:55 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 128524-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 44/2024
Datum der Veröffentlichung: 01/03/2024